

Die Staatsorganisation

Lernbuch zum Staatsrecht

von

Dr. Günter Püttner

o. Professor an der Universität Tübingen

und

Dr. Gerald Kretschmer

Ministerialrat in den
Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages

2. Auflage



C.H. BECK'SCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG
MÜNCHEN 1993

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIII
-----------------------------	------

1. Teil. Das Staatsrecht

§ 1. Das Staatsrecht als Rechtsdisziplin und als praktische Rechtsmaterie	1
§ 2. Literatur und Quellen zum heutigen Staatsrecht	3
1. Lehrbücher zum Bundes-Staatsrecht	4
2. Handbücher zum Bundes-Staatsrecht	4
3. Kommentare zum Bundes-Staatsrecht	4
4. Entscheidungssammlungen	5
5. Literatur zum Staatsrecht der Länder	5
6. Zeitschriften	6
7. Amtliche Quellen	7
§ 3. Staatsrecht, Verfassungsrecht und Staatsorganisationsrecht	7
§ 4. Der Vorrang der Verfassung vor dem übrigen Recht	8
1. Die allgemeine Bedeutung des Vorrangs	8
2. Der Vorrang im Verhältnis zum internationalen Recht	9
3. Vorrangstellungen innerhalb der Verfassung?	11
4. Absicherung des Vorrangs	11
5. Der Verfassungsvorrang im förderativen System	11
6. Verfassungsform?	12
§ 5. Das Problem der Verfassungsauslegung	12

2. Teil. Der Werdegang der Bundesrepublik Deutschland

§ 6. Die Entstehung der Bundesrepublik	18
1. Von der bedingungslosen Kapitulation zur Verabschiedung des Grundgesetzes	18
2. Die Etablierung der Staatsorgane	20
3. Die Erlangung der uneingeschränkten Souveränität 1955	20
§ 7. Die Teilung Deutschlands und die Errichtung der DDR	21
1. Der Vollzug der Spaltung Deutschlands	21
2. Die Errichtung der DDR	22
3. Die DDR-Verfassungen von 1949 und von 1968/1974	23
4. Die Erlangung der uneingeschränkten Souveränität 1954 durch die DDR	25
5. Gesamtdeutschland bis zum 3. Oktober 1990	25
§ 8. Die Stellung Berlins 1945–1990	26
1. Die Stellung Berlins bis zur Spaltung der Stadt	26
2. Berlin-West nach der Spaltung	27
3. Berlin-Ost nach der Spaltung	28
§ 9. Die Wiedervereinigung Deutschlands	29
1. Die Wiedereingliederung des Saarlandes 1956/57	29
2. Die friedliche „Revolution“ in der DDR	30
3. Der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion	32
4. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik	33
5. Die neue Rechtslage Deutschlands (einschließlich Berlins)	36

3. Teil. Grundlegende Organisationsprinzipien

§ 10. Die Grundlagen und das republikanische Prinzip	38
§ 11. Das Demokratieprinzip	39
§ 12. Das Bundesstaatsprinzip	42
1. Zentralismus und Föderalismus	42
2. Das Trennprinzip	44
3. Das Prinzip der Bundestreue	45
4. Die Gebietshoheit	46
5. Die Gebietsgliederung	47
§ 13. Das Rechtsstaatsprinzip	48
1. Grundlagen	48
2. Der Gewaltenteilungsgrundsatz	49
3. Die Bindung an verfassungsmäßige Ordnung, Gesetz und Recht	52
4. Die Bestimmtheit, Voraussehbarkeit und Meßbarkeit staatlichen Handelns	53
5. Der umfassende Rechtsschutz durch staatliche Gerichte	55
6. Der Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren	56
7. Der „informale“ Rechtsstand	56
§ 14. Staatsaufgaben und Sozialstaatsprinzip	57
1. Der sozialstaatliche Auftrag an den Gesetzgeber	58
2. Die Wirkungen des Sozialstaatsprinzips auf Grundrechte und einfaches Recht	58
3. Die Staatsaufgaben	59
§ 15. Staatsgebiet, Staatsangehörigkeit und Souveränität	60
1. Staatlichkeit und Staatsgebiet	60
2. Die Staatsangehörigkeit	61
3. Die Souveränität	62
§ 16. Staatssymbole und Selbstdarstellung des Staates	63
§ 17. Schutz der Verfassung und Notstand	65
1. Passiver Verfassungsschutz	65
2. Aktiver Verfassungsschutz	65
3. Die Notstandsregelungen	65

4. Teil. Parteien und Wahlen

§ 18. Die politische Willensbildung in der Demokratie – Überblick	69
§ 19. Der Status der Parteien	72
1. Der Status der Parteien	73
2. Der Parteienbegriff	74
3. Die Pflichten der Parteien	76
4. Rechte der Parteien	79
5. Die Parteimitgliedschaft	80
6. Verfassungswidrige Parteien	81
§ 20. Wahlen und Wahlsysteme	82
1. Das aktive Wahlrecht	83
2. Das passive Wahlrecht	84
3. Das Wahlsystem	85
4. Die Verhältniswahl im einzelnen	88
5. Der Wahlkampf	91
§ 21. Wahlprüfung und Mandatsverlust	93
1. Die Wahlprüfung	93

2. Der nachträgliche Mandatsverlust	95
3. Das „ruhende Mandat“	96
§ 22. Volksabstimmungen	96

5. Teil. Der Bundestag

<i>1. Abschnitt. Stellung und Organisation des Bundestages und seiner Mitglieder</i>	
§ 23. Die Stellung des Bundestages und der Volksvertretungen der Länder im politischen System der Bundesrepublik Deutschland	99
1. Repräsentation und Plebiszit	99
2. Die Wahlperiode des Bundestages und der Volksvertretungen der Länder	100
§ 24. Das Geschäftsordnungsrecht des Bundestages	103
1. Die Rechtsgrundlagen des Parlamentsrechts	103
2. Grundlinien der Geschäftsordnung des Bundestages	106
§ 25. Die Rechte und Pflichten der Abgeordneten	107
1. Das freie Mandat	107
2. Die Mitwirkungsrechte des Abgeordneten	108
3. Der Schutz des Abgeordneten	111
4. Das „Dienstrecht“ der Abgeordneten; Verhaltensregeln	112
§ 26. Status und Rechte der Fraktionen	115
1. Der Fraktionsstatus	115
2. Die Rechte der Fraktionen	118
3. Die finanzielle Ausstattung der Fraktionen	118
4. Die „Gruppen“	118
§ 27. Oppositions- und Minderheitenschutz	119
§ 28. Die Ausschüsse des Bundestages	121
1. Die Arbeitsweise des Bundestages	121
2. Die Fachausschüsse des Bundestages	123
3. Die Untersuchungsausschüsse	124
4. Enquete-Kommissionen	127
§ 29. Die Leitungsorgane des Bundestages	127
<i>2. Abschnitt. Die Funktionen des Bundestages</i>	
§ 30. Abstimmungen des Bundestages	129
§ 31. Die Wahlfunktion des Bundestages	131
§ 32. Die Gesetzgebungsfunktion des Bundestages	133
1. Die Gesetzesinitiative	134
2. Das Verfahren im Bundestag	135
3. Die Mitwirkung des Bundesrates	137
4. Gegenzeichnung und Ausfertigung	139
5. Die Gesetzgebung in der Notstandsverfassung	140
6. Gesetzgebungslehre	140
§ 33. Die Kontrollfunktion des Bundestages	141
§ 34. Internationale und außenbezogene Aktivitäten des Bundestages	147

6. Teil. Der Bundesrat

§ 35. Die Stellung des Bundesrates	150
§ 36. Die Mitglieder des Bundesrates	152

§ 37. Die Funktionen des Bundesrates	155
1. Die Wahlrechte des Bundesrates	155
2. Die Mitwirkung des Bundesrates an der Gesetzgebung	155
3. Die Mitwirkung des Bundesrates an der Verwaltung des Bundes	157
4. Die Rechte des Bundesrates gegenüber Bundesregierung und Bundes- tag	158
5. Selbstdarstellung und Außenbeziehungen	160

7. Teil. Bundespräsident und Bundesversammlung

§ 38. Die politische Stellung des Bundespräsidenten	161
§ 39. Wahl und Amtsperiode des Bundespräsidenten	162
1. die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung	162
2. Das Amtsende	163
3. Die Stellvertretung des Bundespräsidenten	164
4. Das Bundespräsidialamt	164
§ 40. Die Aufgaben des Bundespräsidenten	164
1. Die Repräsentation des Staates durch den Bundespräsidenten	164
2. Innerstaatliche Integration	166
3. Die Mitwirkung an der Staatsleitung	167

8. Teil. Die Bundesregierung

§ 41. Die Stellung der Bundesregierung	171
§ 42. Die Mitglieder der Bundesregierung	172
1. Die Bundesregierung	173
2. Exkurs: Die Landesregierung	175
§ 43. Struktur und Arbeitsweise der Bundesregierung	177
1. Das Kanzlerprinzip	178
2. Das Ressortprinzip	184
3. Das Kabinettsprinzip	188
4. Der Erlaß von Rechtsverordnungen	192

9. Teil. Die Gesetzgebungskompetenzen

§ 44. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Län- dern	194
1. Die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes	196
2. Die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes	197
3. Die Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes	200
4. Die Grundsätze – Gesetzgebung des Bundes	201
5. Ungeschriebene Gesetzgebungsbefugnisse des Bundes	202
6. Die Gesetzgebungskompetenzen der Länder	203

10. Teil. Die Verwaltungskompetenzen und die Bundesverwaltung

§ 45. Die Verteilung der Vollziehungskompetenz zwischen Bund und Ländern	205
1. Grundprinzipien	205
2. Die Bundesverwaltung und die Möglichkeiten ihrer Erweiterung	206
3. Die fördernde Verwaltung	208
4. Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder	209
5. Die Vermögensverteilung	211
§ 46. System und Gliederung der bundeseigenen Verwaltung	211
1. Grundlagen	211

2. Die Organisationshoheit der Regierung	213
3. Die Beeinflussung der Verwaltung durch den Haushaltsplan	214
4. Die Gliederung der Bundesverwaltung	215
§ 47. Verwaltung durch Bundesunternehmen und juristische Personen des öffentlichen Rechts	217
1. Legitimität und Stellung öffentlicher Unternehmen	217
2. Die Bildung juristischer Personen des Privatrechts	219
§ 48. Der öffentliche Dienst	221
1. Demokratie und hauptberufliche Verwaltung	221
2. Berufsbeamtentum und öffentlicher Dienst	222
3. Politische Neutralität und Verfassungstreue des öffentlichen Dienstes	222
4. Das Amts- und Dienstrecht	224
5. Die Verantwortlichkeit der Beamten	226
§ 49. Die kommunale Selbstverwaltung	227
1. Die Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung durch den Bund	228
2. Die territoriale Gliederung	229
3. Die Finanzausstattung der Gemeinden	229
4. Die Gemeinden im Bundesstaat	230

11. Teil. Das Bundesverfassungsgericht und die übrige Rechtsprechung

§ 50. Stellung und Aufgaben des Bundesverfassungsgerichts	231
1. Das Problem der Verfassungsgerichtsbarkeit	231
2. Organisation und Verfahren des Bundesverfassungsgerichts	233
3. Die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts	234
§ 51. Die Stellung der übrigen Gerichte und der Richter	236
1. Die Gerichte im System der Gewaltenteilung	236
2. Die richterliche Unabhängigkeit	238
§ 52. Die Organisation der Gerichtsbarkeit	240

12. Teil. Die Finanzordnung des Grundgesetzes

§ 53. Die Finanzordnung im Bund	243
1. Die Finanzverfassung des Grundgesetzes	243
2. Die Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern	244
3. Die Mittelverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden	245
4. Der Finanzausgleich	248
5. Finanzverwaltung und Finanzgerichtsbarkeit	250
6. Haushaltsgrundsätze für Bund und Länder	251
7. Rechnungslegung und Rechnungsprüfung (Finanzkontrolle)	255

13. Teil. Bund-Länder-Zusammenarbeit

§ 54. Die Gemeinschaftsaufgaben	257
1. Die Gemeinschaftsaufgaben im Grundgesetz	257
2. Anhang: Staatliche Planung	261
§ 55. Die allgemeine Bund-Länder-Zusammenarbeit	264
1. Der kooperative Föderalismus	264
2. Die Selbstkoordination der Länder untereinander	265
3. Die Kooperation von Bund und Ländern	266

14. Teil. Die Auswärtige Gewalt im Bundesstaat

§ 56. Die Zuständigkeiten des Bundes im Bereich der Auswärtigen Gewalt	269
1. Der Begriff der Auswärtigen Gewalt	269
2. Vertragsabschluß-, Transformations- und Vollziehungskompetenz	270
3. Die obersten Bundesorgane und die Auswärtige Gewalt	272
4. Verwaltungsabkommen	277
5. Die gerichtliche Kontrolle der Auswärtigen Gewalt	278
6. Der Auswärtige Dienst	279
7. Anhang: Verteidigung und Truppeneinsatz im Ausland	279

15. Teil. Die Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft

§ 57. Stellung und Aufgaben der Europäischen Gemeinschaft – Überblick	281
1. Entstehung und Aufgaben der Europäischen Gemeinschaft	281
2. Die Organe der Europäischen Gemeinschaft	282
3. Die Formen und Mittel der Aufgabenwahrnehmung durch die Europäische Gemeinschaft	283
§ 58. Die Position der obersten Bundesorgane und der Bundesländer zur EG	286
1. Der Länderbeobachter und die Verbindungsbüros	287
2. Das Beteiligungsverfahren nach der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA)	288
3. Die Mitwirkung des Bundesrates nach der Grundgesetzänderung zur Verwirklichung der Europäischen Union	290
4. Die Mitwirkung des Bundestages	291
5. Der Beirat/Ausschuß der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften.	292
Stichwortverzeichnis	295